

Dachverband zog Bilanz

Ohne OWUS geht es nicht



Das Unternehmen NEUES DEUTSCHLAND war am 30. November Gastgeber des linken Unternehmerverbandes OWUS. Schon der Ort des Treffens drückte Symbolik aus. Für's ND: Wir haben uns wieder den alten Firmensitz erkämpft. Für OWUS: Wir stehen der linken Öffentlichkeit als ernst zu nehmender Partner zur Verfügung – unabhängig, aber parteilich – »Aus wirtschaftlicher Vernunft und sozialer Verantwortung«.

Zur Tagung des Dachverbandes berichteten OWUS-Vertreter mehrerer Bundesländer, darunter Bayern und Niedersachsen, über Fortschritte bei der Bildung der »AG linke Unternehmer«. Vor einem Jahr hatte der Dachverband diese Maßnahme beschlossen, um sich endlich wirksamer in die Partei einzubringen. Die AG i.G. entsteht gegenwärtig in Berlin-Brandenburg, Niedersachsen, Hessen, Thüringen, Bayern, Sachsen-Anhalt und Sachsen. Ihre Ziele ergeben sich sowohl aus der Programmatik der Partei, als auch aus unserem spezifischen Interesse als Unternehmer.

OWUS-Jahrestagung mit Oskar Lafontaine

Mit Spannung wurde das Auftreten von Oskar Lafontaine erwartet. In seiner Rede auf dem Bundesparteitag der LINKEN im Juni 2007 in Berlin hatte er ausgeführt: „Die drei Millionen kleinen Betriebe, die weniger als zehn Beschäftigte und weniger als zehn Millionen Umsatz haben, diese wichtigen Betriebe unsrer Volkswirtschaft, sind unsere wichtigsten Ansprechpartner in der Wirtschaft, denn auch bei denen gibt es Ausbeutung und Selbstausbeutung. Deshalb lasst uns die kleinen Betriebe besonders pflegen.“

Hier informierte er, wie die Pflege aussehen soll. Der Parteivorsitzende stellte ein ganzes Programm wirtschafts- und steuerpolitischer Forderungen zur Förderung der kleinen und mittelständischen Betriebe dar, das die Teilnehmer mit lebhaftem Interesse und Zustimmung aufnahmen (Hauptpositionen nebenstehend). OWUS aktuell wird in den kommenden Ausgaben näher darauf eingehen.

In unseren Augen ist es Missachtung und Verschwendung menschlicher Ressourcen, wenn DIE LINKE bisher nicht überall wahrnimmt, dass nach den Rentnern die nächst größte Wähler-, Mitglieder- und Sympathisantengruppe die Selbstständigen (KMU) sind. Die exakte Erfassung dieser sozialen Zusammensetzung wird bisher nur in Berlin/ Brandenburg ernsthaft betrieben – und zwar ausschließlich auf Forderung genau dieser linken Unternehmer.

Einen besonderen Höhepunkt präsentierte OWUS Berlin-Brandenburg mit angebahnten Wirtschaftskontakten nach Venezuela. Gerade die Arbeits- und Wirtschaftsweise von Klein- und Mittelbetrieben auch unter schwierigen Umständen interessiert die Genossen aus Venezuela für ihren eigenen wirtschaftlichen Aufbau. Über eine Wirtschaftskonferenz der linken Unternehmer im Europäischen Maßstab vor der nächsten Europawahl 2009 denkt der OWUS-Dachverband allerdings schon jetzt ganz konkret nach.

Zuvor hatte der OWUS-Vorsitzende, Dr. Diether Dehm, über die Arbeit des Dachverbandes und die Aktivitäten der Landesverbände informiert und Schlussfolgerungen für die künftige Arbeit unterbreitet. Mit dem Leitfadens des Manifests linker Unternehmer sollen in den kommenden Wochen und Monaten, vor allem auch im Vorfeld der anstehenden Landtagswahlen, Gespräche mit Unternehmern, Freiberuflern und Selbstständigen geführt werden, um sie für unseren Verband zu gewinnen.

Ausführlich begründete Diether Dehm das Vorhaben der Gründung von AG Linke Unternehmer beim Bundesvorstand und den Landesvorständen der LINKEN. Er drückte die Gewissheit aus, dass die Arbeitsfähigkeit im 1. Halbjahr 2008 hergestellt wird und meldete seine Kandidatur für die Bundesarbeitsgemeinschaft an. Akzente wurden zur Arbeit mit anderen gesellschaftlichen Kräften gesetzt (s. Positionen zu den Gewerkschaften, S.2)

Renate Vehlowl
OWUS- Geschäftsführerin

aktuell

Dezember

2007

10. Ausgabe

Inhalt:

Diskutiert 2
Dachverbandssitzung

Gewählt 3
Neuer Vorstand in BB

Rundum 4
Kraków und Schluss



Aus der Rede Oskar Lafontaines:

Wirtschaftspolitische Schwerpunkte der »Eckpunkte« der LINKEN:

1. Öffentliche Investitionsquote erhöhen und damit Arbeitsplätze schaffen
 - Steuer- und Abgabenquote auf Durchschnitt EU heben
 - Steuerlast auf konjunkturempfindliche Steuern umlagern
2. Steuertarife ändern, KMU entlasten, Spitzenverdiener belasten
3. Steuerstruktur: degressive Abschreibung wieder einführen
4. Nachfrageorientierte Wirtschaftspolitik für KMU
5. Regulierte Märkte (Freiburger Schule: Wettbewerb muss staatlich organisiert werden, sonst tendenziell nur Mono- und Oligopole!)

»Mit wirtschaftlicher Vernunft und sozialer Verantwortung«

Es ist nicht von ungefähr, wenn die Gewerkschaften in der alten Bundesrepublik in den letzten fünfzig Jahren keinen Fuß auf den Boden der Kleinbetriebe gebracht haben. Sie glauben dabei, dies sei mit der einen oder anderen persönlichen Unvernunft oder mit Fehlern, die sie selbst gemacht haben, zu erklären. Das mag alles sein. Aber der entscheidende Punkt ist: Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eines Handwerksbetriebes in einem Dorf treten dem Eigentümer gänzlich anders gegenüber als die Kolleginnen und Kollegen der Telekom dem milchgesichtigen Sozialkiller René Obermann oder die Angestellten der Bahn dem privatisierungsbesessenen Konzernchef Mehdorn. Wer in seinem Dorf einen Mitarbeiter schlecht behandelt, wird schnell in den Kneipen und beim Gottesdienst einen miesen Ruf einfangen. Auf der anderen Seite wissen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter oft, dass, wenn die Klitsche zumacht, entweder ihre Fahrt zwei Stunden länger zu einem Betrieb außerhalb der Region oder zur „Arge“ stattfinden wird. Das Schicksal beider ist viel enger aneinander gebunden, so dass die alte antimonopolistische Strategie stimmt, wonach wir als LINKE die Klein- und Mittelunternehmer an unsere Seite bringen müssen. Dies ist in anderen Ländern der EU erheblich weiter gediehen als in der Bundesrepublik und wir haben hier Nachholbedarf. Unser Verein und die künftige AG „Linke Unternehmer“ werden diesen Gedanken auch in der programmatischen Debatte der neuen LINKEN, die im nächsten Jahr begonnen wird, einbringen und eigenständig vertreten. Dies ist eine eigene Philosophie von sozialer Verantwortung für kleine Unternehmerinnen und Unternehmer auf der einen Seite – auf der anderen aber eben auch ein deutliches Wort an die Gewerkschaften, um Konfliktbogen in kleinen Betrieben nicht zu überspannen.

Auszug aus dem Referat von Dr. Diether Dehm, OWUS Dachverbandsvorsitzender

Aus der Diskussion auf der Jahreshauptversammlung:

DIE LINKE für kleine und mittlere Unternehmen



Sabine Zimmermann, mittelstandspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag

Die Bundesregierung macht hauptsächlich eine Politik für den gehobenen Mittelstand. Vergessen wird hierbei, dass bei den 3,4 Millionen mittelständischen Unternehmen in Deutschland neun von zehn Unternehmen weniger als 10 Beschäftigte haben, die Hälfte so genannte Solo-Selbstständige sind. Ich möchte nun einige Punkte ansprechen, die wir als LINKE im Bundestag auf die Tagesordnung gesetzt haben. Zunächst etwas zu den Haushaltsberatungen: Zum einen geht es um die Gemeinschaftsaufgabe für strukturschwache Regionen. Sie ist explizit für die Förderung der kleinen und mittleren Unternehmen gedacht, um wenigstens etwas die vielfältigen Benachteiligungen auszugleichen, die gegenüber den großen Konzernen bestehen. Sechs von sieben Euro gehen dabei übrigens in die neuen Bundesländer. Seit Jahren wird dieses wichtige Fördermittel gekürzt. Zwar wurde der Titel für nächstes Jahr aufgestockt. Aber gegenüber dem Niveau von 2006, das die Regierung laut Koalitionsvertrag beibehalten wollte, fehlen noch 50 Mio. Euro. Ein anderer Vorschlag in den Haushaltsberatungen ist die Einführung eines Handwerkerhilfsfonds für unverschuldet in Not geratene Kleinunternehmen. Trotz Aufschwung sta-

peln sich bei jedem zehnten Betrieb unbezahlte Rechnungen in einem Ausmaß, dass seine Existenz bedroht ist. Der Fonds löst nicht die Ursache des Problems, wäre aber ein wichtiges Zeichen der Politik, dass hier etwas passieren muss. Es ist kein Geheimnis, dass die große Koalition beide Vorhaben abgelehnt hat. Wir werden aber am Ball bleiben und sind immer an Anregungen interessiert. Ein wichtiges Thema sind die Breitbandlücken in Deutschland, die »weißen Flecken« für schnelle Internetzugänge. Vor allem der ländliche Raum ist hiervon betroffen und dort das Gewerbe insbesondere. Vieles wird heute online erledigt. Ohne schnellen Zugang zum Netz geht das nicht. In Mecklenburg-Vorpommern fehlt jedem vierten Gewerbegebiet ein schneller Anschluss. In ganz Deutschland haben mehr als 2000 Gemeinden keinen schnellen Internetanschluss. Ein weiteres Thema ist die Pflichtmitgliedschaft in der IHK. Wir haben das lange diskutiert, uns für eine grundlegende Reform dieser Einrichtung ausgesprochen und dazu einen Antrag verabschiedet. Zentraler Inhalt ist die Befreiung der Kleinbetriebe von IHK-Beiträgen. Die Linksfraktion tritt dafür ein, dass Klein- und Kleinstbetrieben mit einem Gewerbebeitrag von bis zu 30.000 Euro jährlich keine Beiträge an die Industrie- und Handelskammern (IHK) zahlen. Großunternehmen sollen prozentual stärker belastet werden. Für das nächste Jahr haben wir uns noch andere Themen vorgenommen: Was gegen die prekäre Situation vieler Solo-Selbstständiger gemacht werden kann, wie der Gesetzgeber die Marktmacht großer Konzerne eingrenzen kann, damit diese mittelständische Zulieferer nicht einfach auspressen können. Abschließend möchte ich sagen, dass wir an Anregungen für unsere Arbeit interessiert sind und Sie ermutigen, auf mein Büro zuzukommen.

Sabine Zimmermann
Abgeordnete des Bundestages

Standpunkte

Diskussion auf Jahreshauptversammlung

Der Auftritt von Oskar Lafontaine war auch mit Skepsis erwartet. Vor allem ob der bisherigen Unschärfe in Parteidokumenten und im Vokabular leitender Genossen bei der Unterscheidung (wenn nicht Gleichsetzung) von Unternehmern und Kapitalist = Ausbeuter = Klassenfeind. Das ist hier klargestellt. Es bleibt zu hoffen, dass sich die Denkweise des Parteivorsitzenden in der Partei herumspricht. Wir haben mit der in Sachsen, besonders in Dresdener Führungskreisen beschworenen Ausschließlichkeitsvertretung der „sozial Schwachen“ zu kämpfen, die eher ins »Wähler-Aus« führt. Die Partei hat ihr objektives Interesse an der Zielgruppe KMU eindeutig noch nicht wargenommen. Mit der AG - Bildung ist da noch viel Arbeit zu leisten. Aber wir wissen jetzt, wie es geht – und dass es geht.

Reinhard Heinrich
Landesvorsitzender OWUS Sachsen

Ein Verband sollte mehr sein als viele Einzelne und dementsprechend auch Gruppenziele formulieren können, die mehr sind als die Zusammenfassung aller Einzelvorstellungen. Dabei kann es sogar sein, dass die Gruppenziele stark anders als die

Einzelziele sind. Beispiel: Gen. Dehm forderte die Senkung der Mehrwertsteuer für Handwerksleistungen, damit mehr Handwerk nachgefragt wird. Damit sinken die Preise maximal um 11% - aber bei allen Handwerkskern, was an der Wettbewerbssituation nichts ändert. Vielleicht ermöglicht das einigen sogar den Zukauf von Technik - das verschärft den Wettbewerb. Hat aber die Bevölkerung (besonders der Teil mit niedrigem Einkommen) mehr Geld, steht die Frage der Preise viel weniger. Das gilt um so mehr, weil eine Steuersenkung „gegenfinanziert“ werden würde - vielleicht durch Heraufsetzen der Mehrwertsteuer bei anderen Gütern oder Dienstleistungen. Im Endergebnis würde eine Steuersenkung die Nachfrage eher verkleinern. Eine Vergrößerung des Einkommens schon um 5% würden den Budgetanteil für Handwerksleistungen bequem um mehr als 20% zunehmen lassen - und das ist groß gegen die weniger als 11% bei Steuersenkung. Insgesamt müssen wir unsere geringe zahlenmäßige Stärke durch gute Argumente kompensieren und dürfen für Behauptungen, dass Linke (einschließlich dem linken Unternehmerverband OWUS) keine Ahnung von Wirtschaft haben, keine Steilvorlagen liefern.

Jochen Ebel, OWUS Berlin-Brandenburg



OWUS-Betriebe beeindrucken

Unser jahrelanges Streben nach Interessenvertretung der kleinen Unternehmen, Freiberufler und Selbstständigen hat nach dem klaren Bekenntnis des Vereinigungsparteitages der LINKEN mit der heutigen Rede von Oskar Lafontaine einen kräftigen Impuls erhalten, der uns Ansporn ist. Unser jahrelanges Streben nach Verbreiterung unseres Potentials durch die Gewinnung neuer Mitsreiter, die Verankerung unserer Strukturen in anderen Bundesländern trägt Früchte. Mit Freude haben wir von Diether Dehm und in der Aussprache gehört, was sich auch westwärts entwickelt. Manchmal ist die Sicht von Außenstehenden besonders treffend. Als der Vorstand und mit ihm eine beachtliche Anzahl von OWUS-Mitgliedern unlängst Gelegenheit hatte, mit einer hochrangigen Delegation aus Venezuela über Wirtschaftsbeziehungen Gespräche zu führen, erklärte die Volksministerin für Industrie und Handel, Frau Iglesias: »Das Beeindruckendste an den Begegnungen in Berlin und Brandenburg waren die Besuche in den OWUS-Betrieben. Gebildete, engagierte Menschen, mal drei oder vier oder auch 15, 20 haben bestenfalls aus den Resten ihrer früheren Betriebe, vor allem mit ihrer Erfahrung etwas Neues zu Stande gebracht, was sich sehen lassen kann.«

Welche Schlussfolgerungen ergeben sich:

Wir bieten Gedankenaustausch, Solidarität, Beratung Hilfe und gemeinsames Ringen um unternehmerfreundliche Bedingungen in der BRD. Unsere Unternehmertreffs haben ihren festen Platz zur Herausbildung gemeinsamer Standpunkte zu politischen und wirtschaftspolitischen Themen und fördern die betriebswirtschaftliche Weiterbildung. Für viele Mitglieder ist OWUS auch politische Heimstatt.

Wir sind nur zu wenig, gemessen an der großen Zahl der Unternehmer, Freiberufler und Selbstständigen, die linke Positionen vertreten und sie auch auf den Wahlzetteln do-

kumentieren. In zwei Richtungen sollten wir versuchen, uns vorzustricken: Einerseits orientiert an den Schwerpunkten der wirtschaftlichen Entwicklung in Berlin/Brandenburg – Informations- und Kommunikationstechnik / Medien, Biotechnologie, Medizintechnik, Verkehrssystemtechnik, Opt. Technologien. Dort gehen die Leistungen von Wissenschaft und Technik hin, dort fließen die Investitionen dort fühlen sich junge, talentierte Unternehmer angezogen. Es wird vorgeschlagen, in Berlin-Buch oder in Berlin-Adlershof gemeinsam mit dem Kreisvorstand der LINKEN ein Beispiel regelrecht zu organisieren.

Andererseits orientiert an der aktivsten Altersgruppe, der Jungen. Die meisten Unternehmensgründer sind zwischen 18 und 34 Jahre alt. Nur zu natürlich, denn junge Menschen haben heute nur selten familiäre Verpflichtungen und sind im Gegensatz zu älteren Berufstätigen noch eher unten auf der Karriereleiter. Sie haben weniger zu verlieren, wenn sie sich selbstständig machen. Wir sollten dazu mit dem neuen Jugendverband der LINKEN ins Gespräch kommen.“

Wir wollen Interessenvertretung sein, haben unsere Forderungen und Erwartungen auch öffentlich zu machen bzw. dort anzumelden, wo die Dinge auch vorangebracht werden können. Wie nie zuvor haben OWUS-Mitglieder in Ausschüssen, bei Anhörungen im Bundestag, auf Parteitagen – kurzum überall, wo uns die Chance gegeben wurde, mitzureden, ihren Standpunkt dargestellt. Dafür sind wir der LINKEN, voran den Abgeordneten des Bundestages dankbar.

Wirtschaftskontakte und die Teilnahme an lokalen Netzwerken bleiben Angelegenheit unseres Wirtschaftsverbandes OWUS. Die Gespräche mit Wirtschaftsexperten Venezuelas haben eine interessante Perspektive eröffnet. Für die Anziehungskraft von OWUS ergeben sich daraus ungeahnte Möglichkeiten. Unter Leitung des heute neu zu wählenden Vorstandes wird eine Steuerungsgruppe gebildet, der Spezialisten (auch aus dem Außenhandel) angehören sollten. Anträge zur Mitarbeit, Angebote für nachgefragte Produkte, Dienstleistungen und Technologien sind sehr willkommen. Die entsprechende Dokumentation liegt in der Geschäftsstelle aus.

Satzungsgemäß wählen wir heute einen neuen Vorstand. Dem bisherigen Vorstand ist es mehr als ein Bedürfnis, allen Mitgliedern für ihr Engagement sehr herzlich zu danken. Wir haben gute Voraussetzungen, um OWUS zu einem noch schlagkräftigeren Verband zu entwickeln.

Gehalten von Klaus Eichler
dem für seine langjährige Arbeit als Vorsitzender
herzlich gedankt wurde

Der »Neue«

Dr. Rolf Sukowski wurde am 29.12.1948 in Völpke geboren, besuchte die EOS in Oschersleben und wurde Einzelhandelskaufmann der HO mit Abitur. Dem sechsjährigen Direkt- und Forschungsstudium an der Hochschule für Ökonomie in Berlin-Karlshorst auf dem Gebiet der Volkswirtschaftsplanung folgten zunächst drei Jahre im Kombinat Elektro-Apparate-Werke in Berlin Treptow. 1976 Wechsel in die Staatliche Plankommission der DDR zum Gebiet der internationalen Wirtschaftsbeziehungen u. a. als Sekretär der DDR-Sektion des Wirtschaftsausschusses DDR – China sowie im Büro des RGW-Planungskomitees.

Seit 1990 arbeitet der dreifache Vater (und Opa) als selbstständiger Unternehmensberater und Trainer. Schwerpunkt der Beratung ist die Begleitung von Existenzgründern sowie die betriebswirtschaftliche Betreuung von kleinen Unternehmen. Als Dozent für Rechnungswesen, Steuerrecht und Volkswirtschaftslehre hat Dr. Sukowski Lehraufträge an verschiedenen Hochschulen und Lehrinrichtungen in Berlin und Brandenburg. Er ist Leiter einer Beratungsstelle für Lohnsteuerhilfe.



Er ist Gründungsmitglied von OWUS Berlin-Brandenburg e.V. und gehörte in der letzten Wahlperiode dem Vorstand an. Als Mitglied im DDR-Solidaritätskomitee ist er Gründungsmitglied von SODI Solidaritätsdienst - international e.V.

Neu gewählter OWUS-Vorstand Berlin-Brandenburg e.V.:

Vorstandsvorsitzender: Dr. Rolf Sukowski
Stellvertreter: Detlef Militz
Stellvertreter: Robert Gadegast
Schatzmeister: Andrej Philipp
Geschäftsführerin: Renate Vehlow
weitere Mitglieder: Klaus Eichler
Dr. Irene Gebauer
Wolfgang Görtz
Jürgen Heinrich
Reinfred Lauterbach
Uwe Zimmermann

Termine:

11.01.2008

OWUS-MV Landesverband Thüringen und am 12.01.08 Neujahresempfang um 10.00 Uhr in Elgersburg

17.01.2008

Unternehmertreff Potsdam um 19.00 Uhr im Hotel ASCOT-BRISTOL, Asta-Nielsen Str. 2, 14480 Potsdam

13.1.2008

Stilles Gedenken für Karl und Rosa, Friedhof der Sozialisten, Berlin

19.1.2008, 10.00 Uhr

Konferenz der Bundestagsfraktion DIE LINKE: Mit unserer Gesundheit Kasse machen – Kommerzialisierung und Privatisierung im Gesundheitswesen; Marburg an der Lahn, Frankfurter Straße/Softwarecenter 3

22.1.2008, 19.00 Uhr,

OWUS-Unternehmerstammtisch mit Prof. Christa Luft, 04416 Markkleeberg, Gaststätte Weißer Stern, Koburger Straße 111, Thema: Linke Wirtschaftspolitik

26.-27.1.2008

1. Parteitag der Partei DIE LINKE. Brandenburg, Blossin, Jugendbildungszentrum



Wir wünschen allen OWUS-Mitgliedern einen erfolgreichen Start ins neue Geschäftsjahr 2008.

OWUS in Kraków (Teil 2 + Schluss)

(Teil 1 im letzten Newsletter: 38 OWUS-Reisende besuchten als erstes die Handelskammer...)

Interessant für deutsche IHK-Zwangsgangmitglieder war die Arbeitsweise der bereits 1850 gegründeten Kammer. Die Mitgliedschaft ist freiwillig. Kleine und mittelständische Unternehmen können die Leistungen kostenfrei in Anspruch nehmen.

Der 1. Besuchstag klang im legendären Stadtviertel Kazimierz, dem jüdischen Viertel Krakóws, in einem urtypischen Restaurant bei jüdischer Musik aus.

Der Sonnabend begann mit einem Stadtrundgang durch das alte Kraków mit Tuchhallen, Marienkirche, Veit-Stoss Altar und Wawel und endete nach langem Fußmarsch beim Tanz in einem Zakopaner Folklorerestaurant. Der Legende nach muss uns das Glück alsbald hold sein, denn der Trompeter der Marienkirche winkte wiederholt. Glücklicherweise, die im Jahrhunderte langen Sitz polnischer Könige, den Wawel-Turm bestiegen und die berühmte Siegesmundglocke berührten. Auf den Gubalowka in der Hohen Tatra ging es kurz vor Sonnenuntergang allerdings per Standseilbahn: Eine Nase voll Hochgebirgsluft, eine Prise Tatrablick samt Giewont und ein Kännchen, für mehr war keine Zeit. Außerdem verstellten unzählige Verkaufsbuden und

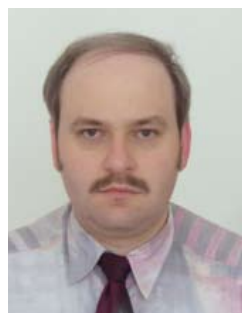
Käsetheken nahezu jeden Blick auf Zakopane. Das deftige Abendessen (Knoblauch!) musste zuerst regelrecht erlaufen werden, um anschließend mit hauseigenen Folkloretänzern mit tänzerischem Unternehmerkönnen abgearbeitet zu werden.

Zwischenstopp auf der Rückfahrt nach Berlin in Wieliczka. Über 900 Jahre wurde hier Salz abgebaut, bis die neue Marktwirtschaft das unrentabel machte. Ein Kunstwerk aus Salz – unterirdisch – eine Stadt mit Seen, Kapellen, wunderbaren Salzfiguren, in Salz geschlagenen Flachreliefs. 101 Meter unter Tage die Heilige Kinga Kapelle. Selbstverständlich auch hier das Standbild des polnischen Papstes. Mir scheint, eine Form der Anbetung von Statuen wurde durch eine andere ausgetauscht. Ausgetauscht auch Namen und Standbilder – die nach dem Spanienkämpfer General Walter benannte Swierczewski-Grotte heißt jetzt Pilsudski-Grotte – nach einem General, der Polen von 1926 bis 1935 regierte. Aber bei unseren Touren in Kraków fiel auch ein kleiner Wegweiser auf: Oswiecim, auf deutsch Auschwitz, allen Mitreisenden ein Begriff. Auch das ist Kraków.

Herzlichen Dank bei tuk für die viel zu kurze Reise mit – wie immer – viel zu viel Programm, intensiven Gesprächen, geknüpften Kontakten und vielen Ideen für die Unternehmerreise 2008. Danke, Jürgen Heinrich.

Dr. Rolf Sukowski, OWUS Vorsitzender Berlin-Brandenburg

Aktueller Stand der GmbH-Reform – Teil 3



Reformen für Gründer – das MoMiG

2. Attraktivität der Rechtsform GmbH durch ein Bündel von Maßnahmen nicht nur in der Gründung, sondern auch als am Markt tätiges Unternehmen und im Wettbewerb der Rechtsformen erhöhen

a) Als ein Wettbewerbsnachteil wird angesehen, dass EU-Auslandsgesellschaften ihren Verwaltungssitz in einem anderen Staat, also auch in Deutschland, haben können, deutsche Gesellschaften jedoch bislang umgedreht nicht. Jetzt soll es diesen ermöglicht werden, einen Verwaltungssitz zu wählen, der auch im Ausland liegen kann. Damit soll der Spielraum deutscher Gesellschaften erhöht werden.

b) Transparenz: Nach dem Vorbild des Aktienregisters soll künftig nur derjenige als Gesellschafter gelten, der in die Gesellschafterliste eingetragen ist. So können Geschäftspartner der GmbH lückenlos und einfach nachvollziehen, wer hinter der Gesellschaft steht. Der eintretende Gesellschafter hat Anspruch darauf, in die Liste eingetragen zu werden. So lassen sich Missbräuche wie zum Beispiel Geldwäsche besser verhindern.

c) Rechtliche Bedeutung: Wer einen Geschäftsanteil erwirbt, soll künftig darauf vertrauen dürfen, dass die in der Gesellschafterliste verzeichnete Person auch wirklich Gesellschafter ist. Blieb eine unrichtige Eintragung für mindestens drei Jahre unbeanstandet, gilt die Liste für den Erwerber als richtig. Entsprechendes gilt für den Fall, dass die Eintragung zwar weniger als drei Jahre unrichtig, die Unrichtigkeit dem wahren Berechtigten aber zuzurechnen ist. Die vorgesehene Regelung schafft mehr Rechtssicherheit und senkt die Transaktionskosten.

d) Cash-Pooling ist ein Instrument zum Liquiditätsausgleich zwischen Unternehmensteilen im Konzern. Als ökonomisch sinnvolle Methode der Konzernfinanzierung erachtet, ist dennoch in der Praxis Rechtsunsicherheit über deren Zulässigkeit entstanden. Der Entwurf schlägt eine allgemeine Regelung vor, die über die Sicherung des Cash-Poolings hinausreicht und zur bilanziellen Betrachtung des Gesellschaftsvermögens zurückkehrt.

e) Grundgedanke der Neuregelung des Eigenkapitalersatzrechts ist, dass Organe und Gesellschafter der gesunden GmbH einen einfachen und klaren Rechtsrahmen vorfinden sollen und es eine Unterscheidung zwischen »kapitalersetzenden« und »normalen« Gesellschafter-dar-lehen nicht mehr geben wird.

Gerd Beck

*stellv. Vorsitzender OWUS-Thüringen
gerdbeck-zm@t-online.de*

Impressum

Herausgeber: OWUS e.V., Vi.S.d.P. Renate Vehlow,

Redaktion: C. Hempel, R. Vehlow

Geschäftsstelle: Weydinger Straße 14-16, 10178 Berlin,

Fon: 030 - 24 009 563, Fax: 03327 - 73 20 90, kontakt@owus.de

Fotos: Klaus Vehlow, Ingrid Püschel, **Red. Schluss:** 16.12.2007

Satz/Layout/Druck: typegerecht berlin GbR, Schönhauser Allee 36, KulturBrauerei · Haus 1, 10435 Berlin, 030 - 48 49 62 43 info@typegerecht.de, www.typegerecht.de

Zuschriften können bei Veröffentlichung sinngemäß redaktionell bearbeitet worden sein. Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung des Herausgebers übereinstimmen.